

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1915

167 (21.7.1915)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 s., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 s.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2660. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, kl. Zeile, oder deren Raum 20 s. Lokalmerate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Vor der Entscheidung.

In der bürgerlichen Presse wird soeben mitgeteilt, daß das Kuratorium der Verwaltungsabteilung der neuen Reichsgetreidestelle am letzten Montag zum erstenmal zu einer Beratung zusammengetreten ist. Der Bundesrat wird nach denselben Angaben in der zweiten Hälfte dieser Woche über die Festsetzung der neuen Höchstpreise für Getreide und über die Einrichtung der Reichsgetreidestelle beschließen.

Danach ist es die höchste Zeit, daß die städtischen Verwaltungen, denen das Wohl der ihnen anvertrauten Bürger, vor allem der Kinder und Frauen unserer Krieger, am Herzen liegt, mit der größten Beschleunigung Schritte tun, um dem Bundesrat klar zu machen, daß die bestehenden Höchstpreise für Getreide bei der neuen Festsetzung unter allen Umständen erniedrigt werden müssen. Die städtischen Verwaltungen müssen sofort schriftlich oder noch besser telegraphisch ihre Petitionen an den Bundesrat zu Händen des Herrn Reichsfanzlers richten und ebenso müssen diesen Weg alle anderen Organisationen und Verwaltungsstellen beschreiten, die eine ernsthaftige Fürsorge für das Volkswohl als ihre Aufgabe erachten.

Die gegenwärtige Forderung ist so unbestritten, daß das Nürnberger stellvertretende Generalkommando bekanntlich den Ausdruck „Lebensmittelwucher“ in einem amtlichen Entschluß ausgesprochen hat; dieselbe Behörde hat auch die Ueberweisung bestimmter Höchstpreise im Kleinhandel und anderen Lebensmittelwucher mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre bedroht und die militärischen Behörden in einigen anderen Städten sind diesem Beispiel gefolgt. Jetzt bietet sich für die Reichsleitung die Gelegenheit, die gegenwärtige Forderung auf dem wichtigsten Gebiet der menschlichen Ernährung, auf dem der Brotversorgung, von vornherein und durchgreifend für das ganze deutsche Reich und für das ganze kommende Wirtschaftsjahr zu unterbinden. Der Bundesrat braucht weiter nichts zu tun, als die Höchstpreise für das Getreide niedriger anzusetzen, um das Recht und damit das Brot zu verbilligen.

Umlernen oder Zulernen?

Von August Winnig.

Karl Kautsky erregte uns vor mehreren Wochen mit einem Artikel über das Umlernen. Er begann mit dem Eingeständnis, daß ein solches Ereignis wie dieser erschütternde Zusammenstoß der Weltmächte jedem die Pflicht auferlege, zu prüfen, ob er noch alles aufrecht erhalten könne, was er vorher vertretet, oder ob er nicht doch in dieser oder jener Frage umzulernen habe. Nur kam Kautsky am Schluß des Artikels zu dem nicht gerade überraschenden Ergebnis, daß er für seine Person nicht umlernen könne. Damit war die verblüffende Inversion, mit der seine Abhandlung begann, wieder aufgehoben und es war mit Karl Kautsky wieder alles in Ordnung.

Indessen: eines schickt sich nicht für alle. Wir Jüngeren haben das Recht, etwas umfangreicher die Dinge anzusehen. Aller mißbilligenden Blicke ungeachtet, glauben wir nach manchen Dingen hin eine Frontveränderung vornehmen zu müssen. Ja, wir wollen umlernen! Karl Kautskys Freund Gaase freilich hat in Hamburg und anderwärts das Umlernen als der Parteijünger größte Verdammnis und hat gemeint, für einen richtig gehenden Sozialdemokraten schade sich allenfalls höchstens das Zulernen. Das klingt so schön und selbstbewußt, und es müßte wunderbar zugehen, wenn man mit solcher Barocke nicht etwa den Zuhörern den geliebten stürmischen Beifall entlocken würde.

In allen stillen und lauten Betrachtungen über unser Verhältnis zu den Ereignissen der Zeit spielen unsere überlieferten Vorstellungen von der proletarisch-sozialistischen Internationale eine große Rolle. Unsere ganze Stellung zu den Aufgaben, die sich von der Außenpolitik ableiten, ist auf die Annahme einer weitreichenden und starken internationalen Solidarität des Proletariats gegründet. Streichen wir die Voraussetzung einer solchen Solidarität, so erheben sich die wichtigsten Fragen der inneren Politik für uns sofort ein gründlich anderes Gesicht. Und wie ist es nun um diese Voraussetzung bestellt? Für Karl Kautsky ist noch alles beim guten alten, man braucht nur überall seine Artikel zu lesen und zu befolgen und der alte Zustand wäre wieder hergestellt, wir säßen wieder in Brüssel oder sonstwo beieinander und sägen:

Wir sitzen so fröhlich beieinander und haben einander so lieb,

und entwürfen und beschließen wunderbare prinzipielle Resolutionen. Die ganze Sache ist eigentlich nur ein Mißverständnis! Man hätte sich vorher nur auf eine Resolution zu einigen brauchen!

Ja, es ist schwer, alte liebgewordene Illusionen aufzugeben, und es wird immer schwerer, je mehr man in und von diesen Illusionen lebe, und manchmal gelingt's darum nie. Aber welche grausame Täuschung haben in diesen leg-

ten Wochen selbst die unter uns erleben müssen, die sich gegenüber der internationalen Solidarität eine reichliche Dosis Skeptizismus bewahrt hatten! Nur wenige Tatsachen sollen davon zeugen. Der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Genosse Legien, verlor im Mai durch die Vermittlung der Zentrale der holländischen Gewerkschaften eine Konferenz der dem Bunde angeschlossenen Landesorganisationen zustande zu bringen. Der Zweck der Konferenz sollte sein, über die von England und Frankreich geforderte Verlegung des internationalen Sekretariats zu verhandeln und zu beschließen, und selbstverständlich hatte man daneben wohl die Absicht, die durch den Krieg geschaffene Lage der gewerkschaftlichen Internationale zu besprechen. Die englische Gewerkschaftszentrale lehnte nicht nur diese Konferenz, die in Amsterdam stattfinden sollte, ab, sondern auch die von Holland vorgeschlagene Vorbesprechung zwischen Appleton, Soubaux und Legien. Appleton antwortete auf die Einladung unter'm 10. Mai:

„Was jetzt haben unsere Leute den Krieg betrachtet, wie sie eine höhere Form des Sports betrachten und haben versucht, eine Genügnung zu zeigen, welche sogar der Krieg von ehrenhaften Männern verlangt; aber jetzt gibt es einen Schrei um Mache. Jetzt veröffentlichen die Blätter Abbildungen von kleinen Kindern, die infolge des Angriffs der Deutschen auf die unbewaffnete „Lusitania“ ertrunken sind. . . . Es mag möglich sein, bezügliche Sachen in Deutschland oder in den skandinavischen Ländern zu tun; in Großbritannien und Frankreich aber gibt es tatsächlich eine demokratische Kontrolle, und der Versuch einer Konferenz in der jetzigen Zeit wäre eine Herausforderung der Gefühle eines Volkes, das nicht nur erfüllt ist von Abscheu, sondern das fest entschlossen ist, zu strafen.“

Sparen wir alle Worte über die Umstände, die bei der Verletzung der „Lusitania“ mitsprechen und halten wir fest, worauf es hier einzig ankommt: die (berechtigten oder unberechtigten) Entrüstung des englischen Volkes über die deutsche Kriegsführung ist für die Zübrück der englischen Arbeiterbewegung bestimmend, den Verkehr mit den Vertretern der deutschen Arbeiter abzulehnen. Dies ist die Tatsache, auf die es ankommt. Denn sie zeigt uns, daß den englischen Arbeitern die Rücksicht auf die nationalen Gefühle ihres Volkes höher steht als die ganze Internationale. Man mutet ihnen keinen Akt wirklicher Solidarität mit den deutschen Klassenangehörigen zu, sondern nichts als eine einfache Aussprache, die, wenn sie wollten, ganz auf das Geschäftliche beschränkt bleiben konnte. Aber selbst diese Aussprache lehnen sie ab — aus nationalen Gründen. Nicht den geringsten Vorwurf will ich darum gegen die Engländer erheben. Diese Dinge eignen sich nicht zu moralischen Betrachtungen. Man kann sie nur als Tatsache nehmen. Als Tatsache aber zeigt uns dieser Vorgang das vollständige Versagen der internationalen Solidarität gegenüber der nationalen Solidarität. Nur das sei festgestellt.

Ein anderes. Fünfhundert oder tausend Mitglieder der deutschen Sozialdemokratie haben einen Aufruf zum Gunsten des Friedens und gegen die Annexionspläne auf deutscher Seite unterschrieben und dafür gesorgt, daß er auch im feindlichen Auslande bekannt wurde. Selbstverständlich nur zu dem Zweck, in jenen Ländern ein gleiches Vorgehen der Sozialisten herbeizuführen. Was ward ihnen zur Antwort? Eine höhnische Abfrage. Krieg bis ans bittere Ende! Krieg bis zur Vernichtung Deutschlands! Krieg um Elsass-Lothringen, um Polen, um Schleswig! Krieg bis ihr alle beredt seid oder auf den Knien um die Friedensbedingungen bittet! Das ist die Antwort nicht etwa des „Matin“, das ist die Antwort des radikalsten der französischen Sozialisten. Das ist bitter zu lesen; aber erregen wir uns nicht, sondern ziehen wir kühnen Schluß; er ist bei den französischen Sozialisten der gleiche wie bei den englischen Gewerkschaften: wir sehen auch hier das völlige Versagen der internationalen Solidarität gegenüber der nationalen Solidarität der Klassen.

Und nun erinnere man sich unserer früheren Vorstellungen von der Festigkeit der internationalen Solidarität, erinnere sich der Reden und Resolutionen von Stuttgart, von Kopenhagen, von Basel, und dann gebe man sich Rechenschaft, ob es hier wirklich nichts umzulernen gibt.

Einige Theoretiker werden freilich sagen: Umlernen? Wohl! Keine Veranlassung! Und werden die Konzepte schöner Artikel und Resolutionen durchsehen, bis das passende Muster für den vorliegenden Fall gefunden worden ist. Kautsky, Gaase und Bernstein können das. Aber es fragt sich, ob die Arbeiterbewegung es kann. Nein, die Arbeiterbewegung kann es nicht! Denn ihr Reich ist von dieser Welt, und ihre Aufgabe besteht darin, Tatsachen zu verändern, alte schlechte Tatsachen abzutun, gute, neue Tatsachen zu schaffen. Darum kann sie sich nicht darauf einlassen, zu den alten zerbrochenen Illusionen neue Illusionen hinzuzulernen, sondern sie muß u m l e r n e n, aus dem Illusionären umlernen ins Tatsächliche.

Freilich ist dies Umlernen zugleich ein Zulernen. Das wußten wir auch bisher schon, daß der Internationalismus

nicht der ausschließliche Kompaß der Arbeiterklasse sein kann, daß die Richtungsklinien unseres Tageskampfes immer durch die national gegebenen Bedingungen festgelegt werden. Aber wir haben während des Krieges hinzulernen müssen, daß das nationale Band der Klassen viel stärker und das internationale Band des Proletariats viel schwächer ist als wir in der lauen Luft internationaler Kongresse glauben mochten. Und daraus sollten wir weiter lernen, daß wir weder die Fortdauer noch die Wiederkehr dieser Weltkatastrophe verhindern können, indem wir uns jetzt oder nach dem Kriege bei den Arbeitern der feindlichen Länder in würdeloser Aufdringlichkeit anzubieten versuchen und uns so zu dem Haß auch noch die Verachtung der anderen zuziehen, sondern nur, indem wir unsere ungeteilte Kraft dafür einsetzen, daß wir in Leben u n s e r e s V o l k e s größere Macht erringen, was für manche freilich auch nicht ohne Umlernen möglich ist.

Deutsch-österreichisches Wirtschaftsbündnis.

Ende dieser Woche tritt in Berlin der Mitteleuropäische Wirtschaftsbund zu einer besonderen Tagung zusammen. Er will ein Problem erörtern, das schon seit Monaten einen außerordentlich starken Widerhall in der deutschen, österreichischen und ungarischen Presse und Literatur gefunden hat: die Schaffung eines engeren Wirtschaftsbundes zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Diese Frage ist nicht nur von großem politischem und wirtschaftlichen Interesse, sie muß, je nachdem sie gelöst wird, auch die Interessen der Arbeiter in den drei Ländern stark betreffen.

Die organisierten Arbeiter aller kapitalistischen Länder sind zunächst grundsätzlich stets für eine engere wirtschaftliche Verbindung der verschiedenen Nationen eingetreten. Sie sahen mit Recht in einer engeren Verbindung des Verkehrs eine Bürgschaft für einen gleichmäßigeren, und geordneteren Austausch der Waren und darin eine allgemeine Hebung der wirtschaftlichen Kultur. Der Krieg hat nun freilich auch die Blüten dieser Hoffnung arg geknickt, aber der Krieg dauert nicht ewig und die Probleme des Friedens zeigen ihre Kraft und Gewalt sogar schon während seine Stürme noch tosen. Ein Wirtschaftsbündnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland ist ein solches Friedensproblem. Denn während des Krieges ist diese Frage gelöst. Das militärische Bündnis hat für die Dauer des Krieges ganz selbständig eine stärkere wirtschaftliche Bindung aufeinander erzwungen. Wir haben seit Anbeginn des Krieges einen sehr intensiven Kompensations-Handel mit Oesterreich-Ungarn, d. h. wir tauschen bestimmte Waren-Quantitäten in bestimmten Verhältnissen miteinander aus und es ist kein Geheimnis, daß diese Art Austausch weit glatter zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland als zwischen Oesterreich u. Ungarn selbst sich abgewickelt hat. Die Absicht aller Erörterungen über dieses Thema geht nun dahin, für die Zeit nach dem Kriege eine möglichst enge wirtschaftliche Verbindung zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland herzustellen. Für die Durchführung dieser Absicht werden in der Hauptsache drei Vorschläge gemacht. Man will zunächst für die drei Länder unter sich eine möglichstste Aufhebung und Erleichterung der Zölle herbeiführen, also einen Zollverband schaffen. Dieser Zollverband soll dann einen einheitlichen Außentarif gegenüber allen anderen Ländern bekommen und drittens in diesem einheitlichen Außentarif bestimmten Ländern bestimmte Vorzüge gewähren. Es handelt sich also um ein Bündnis der Länder unter sich und um ein Bündnis der Länder gegen andere.

Das Wirtschaftsbündnis der drei jetzt so eng verbündeten Nationen untereinander und für die Wirtschaft des Friedens kann zweifellos auch von der Sozialdemokratie zustimmend begrüßt werden, nicht nur aus den eingangs angeführten allgemeinen Grundzügen, sondern auch aus den besonderen Verhältnissen heraus. Die sozialdemokratischen Parteien dieser drei Länder waren schon immer besonders eng verbündet und die nationalen Gegensätze waren zwischen ihnen, wenn man von einigen ungarischen und tschechischen Zwischenfällen abliest, die ausgeglichen sind. Das Wirtschaftsbündnis der Länder untereinander würde zugleich auch einen starken Anstoß zu einem stärkeren Ausgleich des Arbeiterstandes geben und die Lohn- und Arbeitsbedingungen kraft der verbundenen Gewerkschaften verbessern helfen. Bedeutend anders aber liegt es für die organisierte Arbeiterklasse der drei Länder, wenn mit diesem deutsch-österreichischen Wirtschaftsbündnis zugleich ein wirtschaftliches Kampfbündnis gegen die anderen Länder der Welt geschaffen werden soll. In dieser Hinsicht kann man nicht oft genug wiederholen, daß, wie der Kriegsausbruch die Beziehungen der Länder zueinander revolutioniert hat, so auch der kommende Frieden die Beziehungen wieder ganz anders gestalten wird. Nach dem Kriege wird der Weltmarkt wieder erleben, und wenn auch zunächst vielleicht unter groben Schwierigkeiten und Gegenständen allmählich wieder den internationalen Warenaustausch sichern. Es gibt kein Land der

breiter Front unternommen und von Artillerieperspektive unter-
faßt wurden. Zwischen Kuzawa und dem Bug warfen wir
am Abend des 17. Juli in erdittertem Kampf den Feind aus
allen unsern Jambor von ihm abgenommenen Schützengraben.

Der Krieg mit Italien.
Oesterreichischer Bericht.
Neue Niederlage der Italiener.

Die Schlacht im Görzischen dauert fort.
Die italienischen Angriffe, die sich nun mit großer Festig-
keit auch gegen den Görzer Brückenkopf richteten, hatten
am gestrigen Tage und in der Nacht auf den heutigen wie-
der kein Ergebnis. Nach starker bis mittags währen-
der Beschickung des Brückenkopfs durch die feindliche Ar-
tillerie ging die italienische 11. Infanterie-Division mit
betrunklenen Truppen zum Angriff gegen den Ab-
schnitt von Podgora vor. Der Feind drang stellenweise
in unsere Deckungen ein, wurde aber wieder hinaus ge-
worfen. Nach neuerlicher Artillerievorbereitung erfolgte
um 4 Uhr nachmittags ein zweiter Angriff, der um 8 Uhr
abends gleichfalls abgeblieben war.

Um den Rand des Plateaus von Doberdo wird er-
bittert weiter gekämpft. Gestern nachmittag schlug
tapfer ungarische Landwehr einen starken Angriff gegen
ihre Stellungen bei Sdrausina zurück; auch drei
weitere Massenangriffe der Italiener brachen hier zusam-
men. Ebenso scheiterten gegen den südwestlichen Plateau-
rand von Polazzo, Radipuglia, Vermigliano
herangeführte Vorstöße sowie ein Angriff auf den Monte
Covisj nordlich Monfalcone. Der in seine Deckung zu-
rückflutende Feind erlitt überall schwere Verluste.
Die Artilleriekämpfe am mittleren Isonzo, im
Angrichtsgebiet und an der Kärntner Grenze hielten
an. Im Raume des Kragebietes wurden zwei heftige An-
griffe der Alpini abgeschlagen.

In den bereits erwähnten heftigen Gefechten in der
Kreuzbergengegend verloren die Italiener über 200
Mann an Toten und etwa das Doppelte an Verwundeten.
Demgegenüber beträgt dort unser Gefamterlust 42 Mann.

Die Stellung südlich Schludersbach wurde von
unsern Truppen wieder zurückgewonnen. Ein
neuerlicher Angriff schwächerer italienischer Kräfte auf den
Gol di Lana mißlang wie alle früheren.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Beschärfung der Wucherparagrafen.

Berlin, 20. Juli. Wie die „Nationalzeitung“ hört, fanden
zwischen den zuständigen Berliner Regierungsstellen Verhand-
lungen über eine Verschärfung des Wucherparagrafen des
Strafgesetzbuches statt, um dem neuerdings stark im sich grei-
senden Wucher mit Lebensmitteln und andern Gegenständen des
täglichen Bedarfs wirksam entgegenzutreten. Damit soll zu-
gleich auf diesem Gebiet ein einheitliches Vorgehen im ganzen
Reich gegen diese Art von Wucher ermöglicht und gewährleistet
werden. So sehr das Erscheinen der verschiedenen militäri-
schen Behörden gegen diese Ausbeutung der Bevölkerung
kopuliert worden ist, so ist es doch an manchen Orten zu Unlar-
heiten in bezug auf die Abgrenzung der Befugnisse der Militä-
r- und Zivilbehörden gekommen. Diesen Unzulänglichkeiten
soll für die Zukunft ebenfalls vorgebeugt werden. Es wird wohl
demnächst eine entsprechende Vorlage an den Bundes-
rat kommen. Die Fassung der neuen Paragrafen bietet
große Schwierigkeiten, insbesondere die neue Bestim-
mung der „Notlage“. Man ist aber auf dem besten Weg
über sie hinauszukommen.

Eine deutliche Abfrage an die rumänischen Inter-
ventionisten.

Bukarest, 20. Juli. Die halbamtliche „Independance Na-
tionale“ veröffentlicht an leitender Stelle einen Aufsatz über die
Rolle Rumaniens im Weltkrieg, worin zwei von den Interven-
tionisten aufgestellte Theorien: die eine, daß Rumänien selbst
dann eingreifen müsse, wenn es keine territorialen Ansprüche
hätte, bloß um die Zivilisation und die Gerechtigkeit zu ver-
teidigen, und die andere, daß das Eingreifen in den Krieg sich
aufdränge, selbst wenn von vornherein die Vernichtung sicher
wäre, als Donquixotereien bezeichnet werden. Die erste
Pflicht Rumaniens sei die Erhaltung des Staates, die
Sorge um seine Größe, sein Gedeihen, seinen moralischen Fort-
schritt und materiellen Wohlstand. Alles andere komme erst in
zweiter Linie. „Das Blut unserer Söhne“, so heißt es weiter,
„darf nur für Rumaniens Interessen fließen. Bevor wir den
Säbel ziehen, müssen wir die Möglichkeit des Erfolges ernstlich
erwägen und das Land nicht in einen Abgrund stürzen. Die
erste Sorge des rumänischen Volkes muß die Festigung des
Königreiches mit allen Mitteln sein. Das ist nach der Ansicht
der Regierung die Rolle Rumaniens. Wir haben das Empfin-
den, daß die große Mehrheit der Rumänen dieser Ansicht beipflichtet.“

Das Werben um Bulgarien.

Paris, 20. Juli. (W.B. Nicht amtlich.) Ministerpräsident
Radoslawow erklärte dem Sofioter Berichterstatter des
„Temps“, das Interesse Bulgariens sei es nicht, die
Neutralität immerwährend beizubehalten, aber um
eingzugreifen, müsse das bulgarische Volk das feste Versprechen
haben, sichere Vorteile zu erzielen. Augenblicklich ver-
handelt Bulgarien diesbezüglich offiziell mit dem Oberber-
bande; es unterhandelt ferner mit der Türkei betreffs der
Eisenbahn in Thrakien. Bulgarien unterhandelt mit niemand
andern. Wisse habe sich die Orientierung der bulgarischen
Politik nicht geändert, aber es gebe immerhin ein neues Ele-
ment, die bulgarische Armee, welche nach den Kriegen von
1912/13 erschöpft war, sei jetzt neugebildet und stärker denn
jemals. Sie habe ein Cadre junger, rühriger und vertrauens-
voller Offiziere mit Kriegserfahrung. Mit seiner Armee sei
Bulgarien auf Eventualitäten vorbereitet.

Bangemachen gilt nicht.

London, 20. Juli. (W.B. Nicht amtlich.) Minister
Henderjon sagte auf einer Konferenz, daß der Krieg
wahrscheinlich noch ein weiteres Jahr dauern werde.

Lloyd Georges und die Bergarbeiter.

London, 20. Juli. (W.B. Nicht amtlich.) Lloyd
George sagte in einer Ansprache an den ausführenden
Rat der Bergarbeiter, keine für den Ausgang des Krieges
verantwortliche Regierung könne zugeben, daß der Kampf
zwischen Kapital und Arbeit fortwährend die Aussichten
des Sieges gefährde.

Eine amerikanische Note an England.

London, 20. Juli. (W.B. Nicht amtlich.) Das Neu-
terische Bureau verbreitet folgende Meldung der „Times“
aus Newyork: Die Vereinigten Staaten haben eine Note
an Großbritannien geschickt, in der sie darauf be-
stehen, daß die Rechte der amerikanischen Bürger
gemäß dem Völkerrecht anerkannt werden müssen
und durch britische Kabinettsordres und ähnliche Verfügun-
gen nicht angetastet werden dürfen. Die Vereinig-
ten Staaten weigern sich, die Urteile der Pri-
sengerichte, soweit sie mit dem Völkerrecht in Wider-
spruch stehen, anzuerkennen.

Streik der amerikanischen Munitions-
arbeiter.

W.B. Bridgeport, 20. Juli. (Connecticut.) Nicht
amtlich. Nach einer Meldung des Neuterischen Bureaus
sind die Verhandlungen wegen Verhütung des Ausstandes
in den Remingtonwerken gescheitert. Die Ar-
beiterführer haben erklärt, daß die Maschinen die Arbeit
am Dienstag mittag einstellen werden. Innerhalb
einer Woche werden die Remingtonwerke und die Anlagen
von anderen Gesellschaften, die mit Kriegslieferungen be-
schäftigt sind, stillstehen.

Deutsche Politik.

Die neuen Getreidehöchstpreise.

Die Beschlußfassung des Bundesrats über die Festset-
zung der neuen Höchstpreise für Getreide und über die Ein-
richtung der Reichsjuttermittelfstelle wird dem Vernehmen
des „Berl. Tagebl.“ nach in der zweiten Hälfte dieser
Woche stattfinden.

Gegen eine Erhöhung der jetzigen Getreidehöchstpreise
protestiert in einer Eingabe an den Reichskanzler und an
das Reichsamt des Innern auch der Hansabund. Er hält
bei der heute schon durch die Preissteigerung aller wich-
tigen Nahrungsmittel sehr erschwerten Lebenshaltung
eine Erhöhung der jetzigen Getreidehöchstpreise, in welchen
bereits die durch den Krieg erhöhten Produktionskosten
reichlich zur Geltung kommen, für außerordentlich be-
denklich.

Eine äußerst scharfe Verfügung gegen den Lebensmittel-
wucher

hat der Gouverneur der Festung Köln erlassen. Sie hat
folgenden bemerkenswerten Wortlaut:

„Die notwendigen Lebensmittel und Verbrauchsgegen-
stände haben eine Preissteigerung erfahren, die von den
minderbemittelten Volksteilen äußerst schwer empfunden
wird.“

Die Preissteigerung ist zum Teil künstlich herbeigeführt
worden. Gewinnjüchtige Wichte hat zu unläuterer Wachs-
schaften im geschäftlichen Verkehr sogar mit den für die Volks-
ernährung und Unterhaltung unentbehrlichen Gegenständen
geführt. Sowohl Produzenten als auch Händler haben die
Waren aus dem Verkehr zurückgehalten, um die Nachfrage zu
erhöhen und dadurch höhere Preisangebote zu erzielen. In
einzelnen Fällen ist auch ein Ueberhöhen der festgesetzten
Höchstpreise festgestellt worden, z. B. bei Kartoffeln und
Zucker.

Ich erwarte, daß alle Volksteile der Festung, die dem
Baterlande durch solch unpatriottisches Verhalten droht, ent-
gegenwirken und diejenigen Fälle zur Kenntnis des Gouver-
neurs bringen, in denen notwendig, zum Verkauf bestimmte
Nahrungsmittel und Verbrauchsgegenstände von Produzenten
oder Händlern zurückgehalten oder Preise gehobert oder ge-
boten werden, die als unüberhältnismäßig hoch bezeichnet wer-
den müssen. Der Angegebende hat seinen Namen mit Woh-
nung genau anzugeben.

Ergibt sich, daß die bestehenden Strafgesetze zur Beseiti-
gung der Schäden nicht ausreichen, so werde ich unverzüglich
weitere Verordnungen erlassen.

Wer durch künstliche Preissteigerungen oder durch unan-
gemeine Verdienste im geschäftlichen Verkehr mit Lebens-
mitteln oder Verbrauchsgegenständen die Interessen der Al-
gemeinheit verletzt, wird öffentlich namhaft gemacht
werden.

Köln, den 17. Juli 1915.

gez. v. Feld, General d. Inf. u. Gouverneur.“

Von der neuen Reichsgetreidestelle.

die auf Grund der neuen Bundesratsverordnung vom 26.
Juni an die Stelle der bisherigen Reichsverteilstelle,
des Reichskommissars und der Kriegsgetreidegesellschaft
m. b. S. getreten ist, trat das Kuratorium der Verwal-
tungsabteilung diesen Montag zu einer erstmaligen Ver-
taltung zusammen.

Die neue Reichsgetreidestelle besteht aus einer Verwal-
tungsabteilung und einer Geschäftsabteilung. Die Auf-
sicht führt der Reichskanzler. Die Verwaltungsabteilung
ist eine Behörde und besteht aus einem Direktorium und
einem Kuratorium. Die Geschäftsabteilung ist eine
G. m. b. S., und ihre Aufgaben erledigt die bisherige
Kriegsgetreidegesellschaft. Die Reichsgetreidestelle hat die
Aufgabe, mit Hilfe der Kommunalverbände für die Ver-
teilung der vorhandenen Vorräte für die Zeit zunächst bis
zum 15. August 1916 zu sorgen.

Dem Kuratorium der Verwaltungsabteilung gehören
an: 16 Bevollmächtigte des Bundesrats, je ein Vertreter
des Deutschen Landwirtschaftsrats, des Deutschen Handels-
tages und des Deutschen Städteages, ferner je zwei Ver-
treter der Landwirtschaft, von Handel und Industrie und
der Verbraucher.

Aus dem württembergischen Landtag.

Die weiteren Ausschußberatungen erstreckten sich u. a.
auf die Zuckerteuerung. Dazu fand ein Antrag
unserer Genossen einstimmige Annahme, der von der Re-
gierung die Ergreifung aller geeigneten Maßnahmen ver-
langt, um der Bevölkerung den Zucker zu Preisen zugäng-
lich zu machen, die die Preise der Friedenszeiten nicht
übersteigen. Gleichfalls einstimmige Annahme fand der

an den Kriegsminister gerichtete Antrag, dahin zu wirken,
daß alle im Felde stehenden Soldaten, soweit noch nicht
geschieden, nach und nach unter Bewährung von Frei-
fahrten einen längeren Heimatsurlaub bekommen. Von
Bedeutung ist weiter der Beschluß, der dahin geht,
daß die Regierung geeignete Schritte unternehmen soll,
um bei Beamten, die zum Heeresdienst eingezogen sind,
eine Säufung der Bezüge zu verhindern.

Badische Politik.

Kriegsgewinne der Landwirtschaft.

Eine landwirtschaftliche Kreditorganisation in Baden
verzeichnete Ende Januar 1914 als Schuld der ihr ange-
schlossenen Vereine den Betrag von 1388 537 Mk., ein Guth-
haben war nicht vorhanden. Anders sah aber das
Bild im Dezember 1914, also nach vier Kriegsmo-
naten, aus. Das Schuldkonto war nicht nur völlig gelöscht, die
Vereine hatten jetzt sogar ein Guthaben in der Höhe von
1 196 057 Mk. Dieses stieg bis Ende Februar 1915 auf
nicht weniger als 4 561 198 Mk. Welcher Wechsel durch
„des Krieges Früging“ innerhalb Jahresfrist. Befriedigt
konstatiert deshalb der Bericht diese Organisation badischer
Landwirte:

„In ganz kurzer Zeit konnten die uns von der Meini-
schen Kreditbank überlassenen Gelder der vom badischen
Staat uns gewährte ordentliche Kredit von 1 1/2 Millionen
und der außerordentliche Kredit von 300 000 Mk. nicht nur
abgetragen werden, sondern wir kamen auch bei der
Ausgleichstelle in Mannheim allmählich in ein Guthaben
bis zu 4 800 000 Mk., sodaß von unsern Vereinen insgesamt
rund 6 1/2 Millionen Mark während der Kriegszeit abgeliefert
worden. In der Landwirtschaft hat sozusagen ein „Aus-
verkauf“ stattgefunden. Denn die Heeresverwaltung hat
Pferde, Geschirre, Wagen, Vieh und Getreide gekauft und
daher rühren die erhöhten Einnahmen her.“

Die Kriegsbilanz des Arbeiterstandes sieht
wesentlich anders aus; gleichwohl will der Bundesrat der
Landwirtschaft durch Erhöhung der Höchstpreise noch weiter
entgegen kommen.

Aus der Partei.

Eine Erklärung des Internationalen Sozialistischen
Büros.

Der Parteivorstand schreibt uns:

„Der holländische Parteivorstand, bringt in seiner
Nummer vom 12. Juli 1915 eine Erklärung des Sekretariats
des Internationalen Sozialistischen Büros, das gegenwärtig
seinen Sitz in Haag hat, in der auf den Aufruf des deutschen
Parteivorstandes über „Sozialdemokratie und Frieden“ vom
23. Juni ds. Js. Bezug genommen wird. In dieser Erklärung
heißt es, man könne aus unserm Manifest den Schluß
ziehen, „als ob auch die belgische Partei sich geweigert habe,
an einer außerordentlichen Sitzung des Exekutivkomitees des
I.S.B. teilzunehmen, in der untersucht werden sollte, ob eine
Gesamtsitzung mit der Tagesordnung „Einleitung einer Freie-
densaktion“ möglich wäre. Das Gegenteil sei wahr.“

In unserm Aufruf ist über die Haltung des belgischen
Parteivorstandes zur Einberufung einer Sitzung des I.S.B.
tatsächlich gar nichts gesagt. Es war uns schon im März mit-
geteilt worden, daß Mitglieder des belgischen Parteivorstandes
mit dem Exekutivkomitee des I.S.B. verhandelt hätten. Bei
diesen Verhandlungen erklärten die belgischen Parteivorstands-
Mitglieder u. a., wie uns damals mitgeteilt wurde, daß vom
Frieden erst geredet werden könne, wenn der deutsche Milita-
rismus vernichtet sei.

„In den Parteidifferenzen. In Dresden wurde am
letzten Sonntag eine erweiterte Bezirksversammlung
abgehalten, an der Landesvorstand, Bezirksvorstand, die Vor-
stände der neun sächsischen Reichstagswahlkreise, die dem Bezirk
angehörenden Reichs- und Landtagsabgeordneten und die poli-
tischen Redakteure der Parteipresse des Bezirkes, insgesamt 175
Personen, beteiligt waren. — Gen. Fleißner gab den
Bericht aus der letzten Sitzung des Parteiaussschusses, dem
eine lebhafte Debatte folgte. Die siebenstündige Erörterung
hatte folgendes Ergebnis: Absatz 1 der bekannten Resolution
des Parteiaussschusses wurde gegen eine starke Minderheit (die
Stimmen wurden bei der ersten Abstimmung nicht gezählt) an-
genommen, Absatz 2 mit 67 gegen 61 Stimmen abgelehnt, Ab-
satz 3 mit 73 gegen 57 Stimmen abgelehnt. Hierauf wurde fol-
gender Antrag Fleißner mit 77 gegen 56 Stimmen angenom-
men:

„Die Bezirksversammlung beurteilt alle Maßnahmen
der Parteinstanzen, die eine Unterbindung der freien Mei-
nungäußerung innerhalb der Partei bezwecken.
Sie beurteilt daher entschieden das gegen den Partei-
vorstehenden Genossen Goase ingenierte Verfahren, spricht ihm
das Vertrauen für seine mannhaftige Haltung aus und erklärt
ihre Einberufung mit dem Urteil „Das Gebot der Stunde.““

Aus dem Lande.

* Heidelberg, 21. Juli. Der hiesigen Polizei ist es gelun-
gen, eine siebenköpfige Diebesbande zu verhaften, die in
der letzten Zeit großangelegte Diebstähle in die Gegend von
Schwellingen, Hohenheim und Friedrichsfeld unternommen und
hauptsächlich Fleischwaren und Nahrungsmittel gestohlen und
wiederverkauft hatte.

* Heidelberg, 21. Juli. Der Ehrenbürger der Stadt Geh.
Medizinalrat Dr. Wittermaier feierte gestern seinen 82. Ge-
burtstag. Geh. Rat Wittermaier ist trotz seines hohen Alters
noch im Lazarett tätig.

* Mannheim, 21. Juli. Beim Nachgießen von Spiritus auf
den brennenden Spiritusapparat wurde die 54jährige Luise
Grosch bei der entstehenden Explosion von den Flammen er-
faßt und erlitt lebensgefährliche Brandwunden.

* Freiburg, 21. Juli. Vor dem Schwurgericht hatte
sich die 23jährige Dienstmagd Elise Roth aus Bollbach wegen
Totschlags zu verantworten. Sie hatte ihr 8 Tage altes Kind,
in der Absicht es zu töten, in eine mit Wasser gefüllte Strafen-
dohle geworfen. Die Angeklagte wurde unter Zustimmung mil-
dernder Umstände zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

* Freiburg, 21. Juli. In einer in der Nähe von Haslach
stehenden Feldscheune des hiesigen Kieselquarzes Wundenhof
brach Feuer aus, welchem die Scheuer mit den reichlichen
Heubeständen zum Opfer fiel. Das Feuer ist durch Unvorsichtig-
keit entstanden.

* Eugen, 21. Juli. Hinter der Station Talmühle sprang
der 60jährige, verheiratete Landwirt Stephan Eisenmann
von Reute bei Stodach aus einem fahrenden Zug. Er geriet da-
bei unter einen Wagen, wobei ihm beide Hüfte abgefahren wur-
den und er auch am Kopf schwere Verletzungen erlitt, die den
alsbaldigen Tod des Verunfallten her-

Die militärische Tuberkulosefürsorge.

Karlsruhe, 20. Juli. Im Dienstbereich des 14. Badischen Armeekorps ist für die sachgemäße Behandlung der Lungenkranken vorbildlich gesorgt. Sämtliche an Tuberkulose der Lunge Leidenden oder dieser Krankheit Verdächtige werden in die Beobachtungsabteilungen in Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Baden-Baden und Freiburg eingewiesen. Die an diesen Sonderlazaretten tätigen sachverständigen Berater für innere Medizin sind angewiesen, die ihnen unterstellten Lazarettbezirke regelmäßig zu bereisen und sämtliche von den Ärzten übersehenen Lungenkranken in ihre Abteilung zur Beobachtung und Begutachtung aufzunehmen. Eine vom Sanitätsamt eingesetzte Besichtigungskommission sorgt durch regelmäßige Revision der Lazarette für die künftige Befolgung der erlassenen Vorschriften. So ist gewährleistet, daß sämtliche Lungenkranke möglichst frühzeitig einer sachverständigen Beurteilung zugeführt werden. Da die Lungenkranken im Dienstbereich des 14. Armeekorps sämtlich rechtzeitig ihre erforderliche Pflege und Behandlung finden, ist die Zahl der unheilbaren Kriegsspätsticker nach den ausgedehnten Erfahrungen der Leiter der Beobachtungsstationen ziemlich klein.



Gefallene Badener.

Den Heldentod fürs Vaterland starben:

Off.-Stellb. Peter Koss von Pforzheim. Ers.-Maj. Meißtmacher Arthur Sickingen von Dillweissenstein. Musf. Karl Kaiser von Büden. Kan. August Koch von Blumegg. Maj. Fabrikarbeiter Johann Weichhaar von Mohrbach bei Furtmangen. Ers.-Maj. Emil Stoll von Oftringen. Einj.-Freiw.-M. Raul Weichhaupt, Sohn des Bürgermeisters Johann Weichhaupt in Melsbühl und Gehr. Wilhelm Flach von Willafingen bei Ueberlingen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 21. Juli. Der Kriegsausschuß für Konsumanteninteressen (Bezirksausschuß Karlsruhe)

hat durch Einkäufe, die von mehr als 100 Familien in der Zeit vom 8.—14. Juni in verschiedenen Geschäften Karlsruhes vorgenommen wurden, Erhebungen über die Lebensmittelpreise angestellt. Von dem Ergebnis dürfte wohl am meisten folgendes von Interesse für die Allgemeinheit sein. Bezahlt wurden für 1 Pfund Würfelzucker 3 mal 28 Pf., 11 mal 29 Pf., 49 mal 30 Pf., 4 mal 31 Pf., 26 mal 32 Pf., 1 mal 33 Pf. und 1 mal 36 Pf. Dürrfleisch kostete im Pfundverkauf 1 mal 140 Pf., 1 mal 150 Pf., 2 mal 160 Pf., 2 mal 170 Pf., 19 mal 180 Pf., 11 mal 190 Pf., 8 mal 200 Pf., 6 mal 220 Pf. Für ein Pfund Schweizerkäse wurde verlangt 1 mal 120 Pf., 3 mal 130 Pf., 1 mal 135 Pf., 6 mal 140 Pf., 1 mal 145 Pf., 2 mal 148 Pf., 44 mal 160 Pf., 1 mal 165 Pf., 3 mal 170 Pf., 1 mal 176 Pf., 8 mal 180 Pf., 1 mal 190 Pf., 3 mal 200 Pf. jeweils für 1 Pfund. Zwiebeln waren erhältlich 2 mal für 35 Pf., 2 mal für 40 Pf., 1 mal für 42 Pf., 35 mal für 45 Pf., 1 mal für 46 Pf., 4 mal für 49 Pf., 20 mal für 50 Pf., 1 mal für 52 Pf., 6 mal für 55 Pf., 4 mal für 60 Pf., je 1 mal für 65 und 66 Pf. jeweils für 1 Pfund (dabei bleibt zu berücksichtigen, daß die vor etwa 5 Wochen bezahlten Preise inzwischen eine wesentliche Steigerung erfahren). Für alte Speisefartoffeln wurden im Kleinverkauf gefordert: 2 mal 5 Pf., 1 mal 6 Pf., 49 mal 7 Pf., 9 mal 8 Pf., 2 mal 9 Pf., 1 mal 10 Pf. für 1 Pfund.

Der Bezirksausschuß hat das Ergebnis seiner Erhebungen dem stellvertretenden Generalkommando des 14. Armeekorps, dem Ministerium des Innern, dem Stadtrat und Bezirksamt Karlsruhe, mit der dringenden Bitte um Maßnahmen und Abhilfe gegen die durch die Feststellungen zu Tage getretenen ungerechtfertigten Preistreiberien und Lieferförderungen bei dem Lebensmittelverkauf übergeben.

Der Bezirksausschuß Karlsruhe des Kriegsausschusses für Konsumanteninteressen geht bei seiner Arbeit von der Tatsache aus, daß die Allgemeinheit über die Menge der verfügbaren Nahrungsmittel vollständig beruhigt sein kann, ist aber der Meinung, daß die Dinge so wie bisher keineswegs weiterlaufen dürfen. Die Verteuerung des Lebensunterhaltes könnte sich sonst zu einer öffentlichen Gefahr entwickeln und damit durch unsere eigene Schuld leider ein Bundesgenosse unserer Feinde werden.

Die vorstehenden Beispiele der wucherischen Lieferverteilung der Konsumanten liefern den unwiderleglichen Beweis, daß die Lebensmittel erheblich billiger verkauft werden könnten und daß es höchste, wirklich allerhöchste Zeit ist, daß die Regierungen sich ins Mittel legen, um dem Lebensmittelwucher ein gründliches Ende zu machen. Es ist kein Ruhmesblatt für die zivilen Verwaltungen, daß die Generalkommandos ihnen im Kampf gegen den Lebensmittelwucher den Rang abgelaufen haben. Red. d. „B.“

Dagblenden. Am Sonntag, 25. Juli, nachmittags 3 Uhr, findet im Gasthaus zum „Karlsruher Hof“ eine Versammlung statt, in welcher Stadtrat Philipp über seine Reise mit Liebesgaben an die Ostfront einen Vortrag halten wird. Zu dieser Versammlung ist die Einwohnerschaft herzlich eingeladen.

Einmachzucker wurde gestern nachmittag seitens der Stadtverwaltung an zwei Stellen zum Preise von 26 Pf. pro Pfund verkauft. Der Andrang — man zählte viele Hunderte von Käufern — war derart groß, daß Polizei nötig war, die richtige Abwicklung des Einkaufsgeschäfts zu regeln.

Schlachthof. In der Woche vom 12. bis 17. d. M. wurden im Hiesigen Schlachthof geschlachtet 1091 Stück Vieh usw.:

273 Großvieh (19 Ochsen, 145 Rinder, 67 Kühe, 42 Färten), 388 Kälber, 360 Schweine, 37 Hammel, 4 Ziegen, 1 Kitzlein, 28 Pferde. 8035 Kilo Fleisch wurden außerdem von auswärts eingeführt und der Beschau unterstellt.

Hausfrauenversammlung. Der Sommer mit seinem Reichtum an Obst und frischem Gemüse hat an uns Hausfrauen von jeher ganz besondere Anforderungen gestellt. Handelt es sich doch darum, den vorhandenen Vorrat für die Wintermonate zu sichern. Die Kriegszeit hat unsere Tätigkeit in dieser Hinsicht ganz besonders angepornt, hängt doch jetzt die Ernährung nicht allein unserer Familie, sondern die des ganzen Volkes davon ab. Unsere Arbeit hat sich aus der häuslichen Enge zur nationalen Arbeit erweitert und unser Beruf der Hausfrau hat dadurch eine Bedeutung gewonnen, die ihm auch nach dem Kriege nicht wieder verloren gehen soll. Dieses Bewußtsein der Verpflichtung gegenüber dem Volksgangen macht den Gedanken des Zusammenschlusses in uns lebendig. Eine gemeinsame Aufgabe kann nur gemeinsam gelöst werden; auch haben wir durch die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse so vielem neuem gegenüber, daß die Einzelne sich schwer zurecht findet. Die neuen Nährpräparate, die uns allerorts als Nahrungsmittel angepriesen werden, bedürfen der vorherigen Untersuchung. Alles Klagen und Jammern über die unerschöpfliche Preistreiberie nützt nichts, wenn wir den großen Kapitalkräften nicht als Macht gegenüber treten, die wir uns durch Zusammenschluß schaffen können. Gemeinsame Besprechungen, auch eine kleine Zeitung mit hauswirtschaftlichen Ratschlägen, würden uns viel nützen. Alle diese Überlegungen haben sich die Frauen in mehreren Städten Deutschlands verschafft, durch Zusammenschluß in einem Hausfrauenverein. Hauptzweck dabei ist, daß sich die Frauen aller Stände, namentlich auch die Arbeiterfrauen, anschließen. — Am Freitag, 23. Juli, abends halb 9 Uhr, veranstalteten der Nationale Frauenbund und der Rath. Frauenbund einen Hausfrauenabend, an dem Frau Pfarrer Goarbed aus Dillweissenstein in einem Vortrag über alle diese Fragen sprach. Daran anschließend soll ein Hausfrauenverein gegründet werden, der die angebotenen Aufgaben in sein Arbeitsprogramm aufnimmt. Beitritt für das ganze Jahr 50 Pfg. Wir machen die Hausfrauen aller Kreise auf den Abend aufmerksam. Der Eintritt ist unentgeltlich.

Stadtgartenkonzert zu ermäßigten Eintrittspreisen. Bei günstiger Witterung findet heute abend von 8 bis 11 Uhr im Stadtpark ein Konzert der Feuerwehr- und Bürgerkapelle zu billigen Eintrittspreisen statt, für welches der Leiter derselben, Herr Viktor Obermüller a. D. diese, ein ausgedehntes, reichhaltiges Programm zusammengestellt hat. Näheres im Anzeigenteil.

Unfälle. Am 18. l. M. abends stürzte die Ehefrau eines Metzgers in der Rheinstraße hier vom Fahrrad und zog sich einen Beinbruch zu. — In einer Fabrik in Wülzburg fiel am 17. l. M. ein fünf Meter schwerer Gußstab um und einem verheirateten Tagelöhner aus Eßersheim auf den rechten Fuß, wodurch er einen Knochenbruch erlitt. Die beiden Verletzten fanden Aufnahme im städtischen Krankenhaus.

Verhaftet wurden: ein Dienstmagd aus Reumkirchen wegen Diebstahls und ein Tagelöhner aus Baden-Baden zur Verbüßung einer fünfmonatlichen Gefängnisstrafe wegen Körperverletzung und Beamtenebeidung.

Letzte Nachrichten.

Die Kämpfe am Dnjepr.

Berlin, 21. Juli. Ueber vergebliche russische Sturmangriffe am Dnjepr wird dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Czernowitz berichtet: Die Russen hatten am unteren Dnjepr große Verstärkungen herangezogen und versuchten, den Uferigen die am linken Ufer gewonnenen Positionen wieder zu entreißen. Alle ihre Hoffnungen blieben jedoch erfolglos. Unsere Truppen hielten alle ihre Stellungen. Die Russen hatten auch schwere Artillerie herangezogen. An der besarabischen Grenzfront haben die Russen in den letzten vier Nächten heftige Sturmangriffe gemacht, die regelmäßig von den Uferigen abgewiesen wurden. In einer Stelle durchschritten die Russen das Drahtverhau und drangen mit mehreren Abteilungen in unsere Stellungen ein. Diese Abteilungen wurden jedoch gefangen genommen. Der Sturmangriff in der Sonntagnacht dauerte 6 Stunden. Unaufhörlich stürmten die Russen. Manche Stellen versuchten sie achtmal zu nehmen, aber alle Bemühungen waren vergebens.

Englische Hoffnungen.

Berlin, 21. Juli. Eine Meldung der „Deutschen Tageszeitung“ aus Haag besagt: Balfour habe sich in den Wandelgängen von Westminster geäußert, daß kaum Hoffnung bestehe, die Darbanellen durch Gewalt zu bezwingen. Man würde nun damit rechnen, daß den Verteidigern die Munition ausgehe.

Bryan gegen die Munitionslieferung.

Essen-Ruhr, 20. Juli. (W.B. Nicht amtlich.) Laut einer Genfer Meldung des „Essener Generalanzeigers“ berichtet die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ aus New York: Bryan hat in einer seiner letzten Agitationsreden in Washington die Arbeiter aufgefordert, dem Krieg durch eine allgemeine Verweigerung der Munitionserzeugung in den Vereinigten Staaten ein Ende zu machen. Der „New York Herald“ hält eine vorübergehende Beschränkung der Munitionserzeugung für sehr wahrscheinlich, da die Deutschen und Iren eine große Propaganda für diesen Plan Bryans aufgenommen haben. In den Waffenfabriken von Bridgeport streifen bereits an 8000 Arbeiter, den Waffenfabriken in Connecticut an 3000 Arbeiter. Die bekannten großen Remington Munitionsfabriken zeigen an, daß sie den Betrieb vorläufig nicht wieder aufnehmen können.

Einschränkung des Alkoholverbrauchs in Frankreich.

Paris, 21. Juli. (Agence Havas.) Der Minister des Innern hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht über die Einschränkung des Alkoholverkaufs und Alkoholgenußes während der Kriegsdauer. Danach sollen die Präfekten befugt sein, den Alkoholverkauf und den Alkoholgenuß in allen Werkstätten einzuschränken oder zu verbieten, die für die Landesverteidigung arbeiten.

Wiedereröffnung des griechischen Parlaments.

Paris, 20. Juli. Nach Wittermeldungen aus Athen ist die Wiedereröffnung des griechischen Parlaments auf den 16. August festgesetzt worden. Die venizelistische Bewegung gewinnt in den Kreisen des Parlaments und der Öffentlichkeit täglich an Anhang.

Eine neue englische Kriegsanleihe.

Rom, 21. Juli. Die Blätter melden, daß die letzten Berechnungen über das Ergebnis der Kriegsanleihe auf eine Gesamtsumme der Zeichnungen in Höhe von 1 100 000 000 Lire schließen lassen.

Englische Sorgen.

W.B. London, 20. Juli. (Nicht amtlich.) „Daily Telegraph“ schreibt: Wenn wir alles hinter der Herstellung von Munition zurücktreten lassen, werden wir nicht mehr lange in der Lage sein, unseren Alliierten als finanzielle Hilfsquelle zu dienen oder unseren Ausfuhrhandel zu einem großen Teil aufrechtzuerhalten. Wir werden die silbernen Kugeln, die den Krieg gewinnen sollen, dann nicht mehr zur Verfügung haben. Die Beschäftigung der Mechaniker muß so geregelt werden, daß unsere gewöhnliche Ausfuhr und Einfuhr möglichst auf dem früheren Standpunkt bleiben.

Die amerikanische Antwortnote.

London, 20. Juli. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Präsident Wilson hatte gleich nach seiner Ankunft in Washington eine Unterredung mit dem Staatssekretär Lansing über die Antwort der Vereinigten Staaten an Deutschland. Beide waren darüber einig, daß die Note an Deutschland deutlich hervorheben müsse, daß die Vereinigten Staaten nicht untätig bleiben können, wenn neuerdings ein Angriff auf ein unbewaffnetes Schiff unternommen werde, das keinen Widerstand leistet und wenn dabei das Leben von Amerikanern verloren geht. Die Note wird die ernste Absicht der Vereinigten Staaten dartun, keines ihrer Rechte aufzugeben. Sie wird sich wenig oder gar nicht mit den in der letzten Note erörterten Grundsätzen befassen. Es steht nicht fest, ob die Note auch über den Angriff auf die Orduna etwas enthalten wird.

Beilegung des Bergarbeiterstreiks in Südwals.

Cardiff, 21. Juli. (Reuter.) Nach einer weiteren Konferenz zwischen Arbeitgebern sind heute die Bedingungen von den Grubenbesitzern und den Arbeitern unterzeichnet worden. Lloyd George bemerkte dabei, nun werde man nicht mehr lange zu verhandeln brauchen. — Ein späteres Telegramm besagt, daß, obwohl noch keine amtliche Verlautbarung vorliegt, doch bereits ein Abkommen erreicht sein soll, das erst 6 Monate nach Eingangsbeschluß ablaufen werde.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Die Sozialistischen Monatshefte, redigiert von D. J. Bloch (Administration: Berlin W., Potsdamer Straße 121h), haben soeben das 14. Heft ihres 21. Jahrganges herausgegeben. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Die englische Psychose, von Wilhelm Janzon. — Die Amerikaner, von Max Schappel. — Die Gewerkschaften und das Vereinsrecht, von Dr. Hugo Heinemann. — Unser Frauenzentralorgan, von Wally Beppler. — Friedensarbeit am deutschen Volk, von Felix Einte. — Amerikanische Eisenbahnen, von Edmund Fischer, M. d. R. — Nationalgefühl, von Dr. Otto Robertag. — Napoleon und England, von Dr. Wilhelm Hausenstein. — Wägenkunft von August Döppner. — Kolonialpolitik und Sozialdemokratie von Dr. Ludwig Quessel, M. d. R. — Oesterreichisches Kunstgewerbe, von Paul Westheim, u. a. m.

Der Preis des Heftes beträgt 50 Pfg. Verlag der Sozialistischen Monatshefte Berlin W. 85. Probehefte werden jederzeit kostenfrei vom Verlag übersandt.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Wilhelm Kolb; für den Inzeratenteil Gustav Krüger; beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Wasserstand des Rheins.

21. Juli. Schusterinsel 2,70 m, gef. 10 cm, Rehl 3,40 m, gef. 11 cm, Magau 5,16 m, gef. 5 cm, Mannheim 4,47 m, gef. 11 cm.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Freie Turnerschaft 1890.) Diejenigen Mitglieder, welche sich am kommenden Sonntag, den 25. Juli, an dem in Pforzheim stattfindenden Bezirkspieltag beteiligen wollen, mögen sich am Donnerstag abend halb 9 Uhr in unserem Sporthaus einfinden. Alles Nähere wird dann bekanntgegeben. Um zahlreiches Erscheinen bitten 7081 Der Vorstand.

Steckenpferd-Seife die beste Lilienmilch-Seife für zarte, weiße Haut. Überall zu haben! Stück 50 Pfg.

Achtung Filialinhaber! Wir ersuchen unsere Filialinhaber, welche die Zeitungen durch Postüberweisung im Band, also nicht im geschlossenen Paket erhalten, die Meldung der Abonnentenzahl (also nur zahlende Abonnenten) für den folgenden Monat August 1915 bis spätestens Montag, den 26. Juli, uns zukommen zu lassen, da sonst eine Verzögerung in der Zustellung der Zeitungen eintritt. Es muß für die Zukunft jeden Monat bis zum 25. gemeldet werden, da wir nicht mehr, wie bisher, für ein Vierteljahr, sondern für jeden Monat neu einweisen. Expedition des Volksfreund.

Deutscher Metallarbeiterverband Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 1. August die bei Kriegsausbruch aufgehobene Krankenunterstützung zur Hälfte der bisherigen Höhe bei einer 14-tägigen Karenzzeit wieder in Kraft tritt und auf die Dauer von 20 Wochen gewährt wird.

Die vollständige Wiedereinführung der Krankenunterstützung bleibt dem Wiedereintritt normaler Verhältnisse vorbehalten und ist bestimmt zu erwarten.

Mitglieder, am 1. August bereits 14 Tage krank waren, erhalten vom 1. August Unterstützung, sofern ihre Krankmeldung rechtzeitig erfolgt ist. Laut Beschluß der Generalversammlung in Berlin erhalten zum Militär einberufene Mitglieder, welche ausgekurtet oder noch nicht bezugsberechtigt waren, nach Rückkehr vom Militär im Falle der Arbeitslosigkeit Unterstützung auf die Dauer von 4 Wochen.

Nur solche Mitglieder können die Vorteile der obigen Bekanntmachungen in Anspruch nehmen, die während der Kriegszeit dem Verbande gegenüber ihre Pflicht erfüllt haben oder, sofern zum Militär einberufene Mitglieder in Frage kommen, sich nach ihrer Entlassung oder Verurlabung zur Arbeitsleistung in den Betrieben ordnungsgemäß angemeldet und Beiträge entrichtet haben.

Die Ortsverwaltung.

Freitag, den 23. Juli, abends 1/2 9 Uhr, im großen Rathaussaal:

Hausfrauen-Versammlung

Rednerin: Frau Pfarrer Gaarbeck aus Thallichtenberg über

Hausfrauenorganisation

Nat. Frauendienst und Kath. Frauenbund. Eintritt frei.

Stadtgarten.

Mittwoch, den 21. Juli 1915, abends von 8-11 Uhr:

Volkstüml. Musik-Aufführungen

ausgeführt von der Feuerwehr- u. Bürgerkapelle Karlsruhe unter der Leitung des Herrn Militär-Obermusikmeister a. D. S. Reife.

Eintritt: Inhaber von Jahreskarten und von Kartenheften 10 Pf., sonstige Personen 20 Pf., Soldaten und Kinder zahlen volle Preise. Programm 10 Pf.

Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt. Bei unglücklicher Witterung fällt das Konzert aus.

Aufruf.

Die Unterstützung der bedürftigen Familien der zum Heeresdienst einberufenen Mannschaften nach dem Reichsgesetz vom 4. August 1914 erfordert ständig steigende Mittel, da die Zahl der zu unterstützenden Familien in ständigem Wachsen begriffen ist und demnächst 7000 erreicht haben wird. Von dem der Stadtkasse durch diese Unterstützungen erwachsenden Aufwand von monatlich rund 230 000 Mark werden vom Reich rund 150 000 Mark ersetzt, während der Stadtgemeinde rund 80 000 Mark im Monat zur Last bleiben.

Erklärlicherweise ist aber mit diesen auf das Reichsgesetz sich gründenden, gleichmäßig nach der Kopfzahl der Familien bemessenen Unterstützungen nicht immer die nötige Hilfe gewährleistet. Umstände der verschiedensten Art machen in zahlreichen Fällen eine weitere ausgleichende Fürsorge erforderlich, die der verschiedenartigen Lage jedes einzelnen Falles angepaßt sein muß und teils in der Verabreichung von Lebensmitteln oder Beteiligung an Volksspeisungen, teils in Beihilfen zur Wohnungsmiete, oder der Gewährung ärztlicher Behandlung, Unterbringung der Kinder und dergleichen besteht.

Die Mittel für diese ausgleichende Fürsorge, die monatlich rund 50 000 Mark erfordert, sind bisher ganz aus freiwilligen Spenden der Bürgerschaft bestritten worden. Sie sollten auch künftig allein aus dieser Quelle fließen. Der Gedanke an das, was unsere Helden draußen im Felde an Opfern für das Vaterland bringen, muß es uns als selbstverständliche Pflicht erscheinen lassen, freudig jedes notwendige Opfer für die Familien unserer Krieger zu bringen.

Darum richten wir neuerdings an unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen die dringende Bitte, in der bisherigen mit Dankbarkeit empfundenen Hilfsbereitschaft nicht zu erlahmen, sondern weiterhin nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit jedes einzelnen durch regelmäßige monatliche Gaben zur Hilfskasse der freiwilligen Kriegsfürsorge beizutragen.

Zur Empfangnahme ist die Abteilung B der Stadtkasse (Rathaus, Erdgesch., Eingang Hebelstraße, Zimmer Nr. 42) beauftragt. Außerdem nehmen der Oberbürgermeister, die Bürgermeister, sämtliche Stadträte und Stadtverordnete, sowie die Banken und die Ausgabestellen der hiesigen Tagesblätter solche Gaben entgegen.

Die Verwendung der Gaben liegt in Händen der Kriegsunterstützungskommission, in der Vertreter der Stadtgemeinde, des Roten Kreuzes, der Frauenvereine, der Kirchengemeinden, der Gewerkschaften und sonstiger Fürsorgeorganisationen zu gemeinsamer Silbsarbeit vereinigt sind.

Karlsruhe, den 12. Juli 1915.

Der Stadtrat.

Die Sozialdemokratie am Scheidewege.

Von Wilh. Kolb, Redakteur.

Vereinsausgabe: Preis 50 Pfg.

zu beziehen durch die:

Volkshaus - Buchhandlung
24 Luisenstraße 24.

Städtisches Vierordtbad.

Große Schwimmhalle.

Für Frauen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 9 bis 11 Uhr und nachmittags 3-1/2 Uhr, sowie Freitags 8-1/2 Uhr, mit Ausnahme Samstags nachmittags.

Für Herren und Knaben geöffnet: Werktag vormittags 7 bis 1/2 9 Uhr u. 11-1 Uhr, nachmittags 1/2 5-1/2 9 Uhr, Freitags nachmittags 1/2 5 bis 6 Uhr, sowie Samstags nachmittags 3-1/2 10 Uhr und Sonntags vormittags 7-12 Uhr. Mittags 1-3 Uhr geschlossen.

Erholungsheim der Stadt Karlsruhe in Baden-Baden.

Für Frauen und Mädchen aus Karlsruhe. Verpflegungssatz M. 2.50 für den Tag. Soweit der Platz reicht, können auch auswärtig wohnende Frauen und Mädchen für M. 3.- täglich aufgenommen werden.

Nähere Auskunft und Anmeldung bei der Direktion des städt. Krankenhauses Karlsruhe.

Bruchsal.

Für unsere hiesige Filiale suchen wir per 1. August eine zuverlässige

Zeitungsträgerin.

Näheres zu erfragen bei Herrn J. A. Göpferich, Durlacherstraße 83.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Gesch. Liehungen. Karl Reng von hier, Schlosser hier, mit Elsa Schwanenberger, von hier, August Oberader von Riedelsheim, Bautechniker hier, mit Friederike Häty von hier. Geburten. Wilhelm, Vater + Wilhelm Fehlbacher, Landwirt. Walter Adolf, Vater Otto Bell, Lok.-Seiger. Hans Helmut, Vater Jul. Girschfeld, Bahnarzt. Eilfriede Erica, Vater Josef Mecklinberger, Masch.-Arbeiter. Ida, Walter Egon, Vater Hg. Wolf, Mechaniker.

Zur Verfolgung der Ereignisse auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen in den einzelnen Erteilen gehört ein umfangreiches Kartenmaterial. Dieses ist vorteilhaft in dem soeben erschienenen

Kriegskarten-Atlas

- vereint; enthält er doch: 1. Deutsch-Russischer Kriegsschauplatz 2. Gallischer Kriegsschauplatz 3. Ueberblickskarte von Rußland mit Rumänien und Schwarzem Meere 4. Spezialkarte von Frankreich und Belgien 5. Karte von England 6. Karte von Oberitalien und Nachbargebiete 7. Karte vom Oesterreichisch-Serbischen Kriegsschauplatz 8. Ueberblick der gesamten türkischen Kriegsschauplätze (Kleinasien, Aegypten, Arabien, Persien, Afghanistan) 9. Karte der Europäischen Türkei und Nachbargebiete (Dardanellen-Strasse, Marmara-Meer, Bosporus) 10. Ueberblickskarte von Europa.

Der große Maßstab der hauptsächlichsten Karten gestattete eine reiche Beschriftung, eine dezente vielfarbige Ausstattung gewährleistet eine große Ueberlichkeit und leichte Orientierung; Details wie: Festungen, Kohlenstationen etc. erhöhen den Wert der Karten. Der Atlas ist dauerhaft gebunden und bequem in der Tasche zu tragen. Das geschlossene Kartenmaterial wird vor allen Dingen unseren

im Felde willkommen sein. Preis M. 1.50. Zu beziehen durch die Buchhandlung Volkshaus, Luisenstraße 24. - Tel. 128.

Restaur. Storcheneß zum Mittagstisch

empfehlen guten bürgerl. in und außer Abonnement. Der neue Inhaber: Josef Adam.

Bekanntmachung über Saatgetreide.

Auf Grund der Bundesratsverordnungen vom 28. Juni 1915 ersuchen wir die in Karlsruhe ansässigen Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe, die seit mindestens 2 Jahren selbstgezeugene Saatgetreide (Brotgetreide und Gerste) verkaufen, bis einschließlich 26. Juli dem Städtischen Statistischen Amt (Fähringerstraße 98) die von ihnen in diesem Jahre selbstgezeugenen Mengen an Saatgetreide sowie die voraussichtlich an Empfänger außerhalb Karlsruhes zu liefernden Mengen anzugeben.

Karlsruhe, den 20. Juli 1915. Das Bürgermeisteramt.

Soeben erschienen!

Was hat der deutsche Soldat bei Erwerbsunfähigkeit, Dienstbeschädigung oder Verwundung,

Was haben die Hinterbliebenen Verstorbenen oder im Kriege Befallener reichsgesetzlich zu beanspruchen?

Preis 65 Pfg. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkshaus“ Luisenstr. 24 - Telephon 128.

Korsetten! Korsetten!

in nur prima Qualitäten Stück 2 M. und höher in allen Weiten. Bessere angefertigte Korsetten weit unter Preis. Neue bessere Damenunterröcke St. 2.50 M., halbjährige Schweizer Seidenröcke St. 1.50, dunkles schönes Jadenstoffm. zu 8 M., dunkelblau mit weiß gestreiftes Jadenstoffm. 10 M., Größe 44-46, rotes Leinenkleid für 15-16 Jahr 3 M., gute Stiefel und Halbschuhe Größe 40-41, bessere silberne Damen-uhren wie neu 8 M., Kommode 12 M., Badstühl 8 M., Nachttisch 5 M., Leder Ruhestuhl 5 M. Durlach, Allee 24, 1 Et. l. 7088

Ein selbständ. Zimmerer sucht dauernde Arbeit in Brauerei oder Fabrik.

Adr. zu erfragen unter Nr. 7087 in der Exped. d. „Volkshaus“.

Küfer in Holz- und Kellereiarbeit bewandert und tüchtige

werden bei hohem Lohn für dauernde Arbeit gesucht. Sich zu wenden an Gebrüder Hüglin, Weingroßhandlung Freiburg i. B.

Tüchtige Arbeiter und Arbeiterinnen

finden dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn. 7018 Schweinfurter Präzisions-Fingerringe-Fabrik in Schweinfurt a. M.

Räse, Holsteiner-Holländer oder Kleeheu.

netto 9 Pfd. ab hier nachnahme M. 6.10. Heinrich Krogmann, Nortorf, Post-Nr. 90c

Nähmaschine.

Wer eine Nähmaschine beste Qual. (neu) bei monatl. oder 14-tägiger günstiger Zahlung kaufen will, sende seine Adresse. 7017 Zirkel 13, 2. St.

Färbererei J. Firnrohr

färbt rasch und billig Kaiserstr. 28. 6991

Verkauf von Altmaterial.

Das in unseren Werken, sowie das beim Krankenhaus und Tiefbauamt lagernde Altmaterial, bestehend aus

Gusseisen, Schmiedeseisen, Brandguß u.

ist gegen Barzahlung ab Lagerplatz verkauft werden. Die Verkaufsbedingungen liegen auf unserem Geschäftszimmer Nr. 6, Kaiserallee 11, zur Einsichtnahme auf. Sortenverzeichnis mit Gewichtsmengen können dort in Empfang genommen werden. Angebote, in welchen unsere Verkaufsbedingungen ausdrücklich anerkannt sein müssen, sind schriftlich, verschlossen und mit der Aufschrift „Angebot auf Altmaterial“ versehen, spätestens bis

31. Juli ds. Js. bei uns einzureichen. Karlsruhe, den 20. Juli 1915. Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.

Partei-Literatur

empfehlen Buchhdlg. Volkshaus.

Städt. Vierordtbad

Versch. Kurbäder

Halb-, Sitz-, Fuss- und Wechselbäder. Duschen, Wickel (Packungen) und Massagen, Dampf- und Heißluftkastenbäder etc. Damenbadezeit: Montag u. Mittwoch vormittag 7 bis 1 Uhr und Freitag nachm. 3 bis 1/2 9 Uhr. Herrenbadezeit: Alle übrige Zeit u. Sonntags vorm. 7-12 Uhr. Mittags 1-3 Uhr geschl.

Suche 10-15 Zentner Acker- oder Kleeheu. Offerten sind zu richten an Frau Maulhardt, Stuckstr. 2, Mühlburg.

Alle Druck-Arbeiten

liefert rasch und billig Druckerlei Volkshaus, Luisenstrasse 24, Teleph. 128.

Die... verfolgt bekommen... es sich h... zuehung... ebenfo... vor aber... England... einigen... reitet... gerischen... Lehrer a... Die Eng... Kohlenre... genug... nur, wen... bald zur... des sehr... In die... kische... die Unte... die Arb... Maßnah... nehmer... in militä... bekanntl... hat. Da... tratie m... aber hat... beachtens... während... größerer... nicht dan... sondern... schaften... sichts, mit... haben... Besondere... and Beg... beitem u... Streitig... rung für... das Krie... wesen w... müssen... von der... Dabei m... liche und... land über... ferner K... führen... daß es i... moralisch... oft den... geachtig... beitem, d... schaften... Körper d... schaften... haben, ge... gerliche... Stärkung... eine inne... daß diese... bleibt un... Sozialpol... Dabei... Ertrungen... hend -... fen, fonde... wie die... das eine... niemals... gebaut w... die inner... Bolles... Die... einen la... breite je... halb bis... zu stören... wärem, of... viel-So... breite nie... ist eine... mögen...